



Themen

Versöhnungsprozess
Schwieriger Staatsaufbau
Nationalistische Risiken
Religiöser Extremismus
Geopolitische Einflussfaktoren
EU und Österreich

Der Westbalkan im Fokus

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Friedenskonsolidierung als Sisyphusarbeit

IFK Aktuell

Westafrika: Herausforderungen für die internationale Sicherheit



Boko Haram, Ebola, Terrorismus sowie die Migration nach Europa, aber auch Fragen der Ressourcen-Abhängigkeit rücken Westafrika in das Blickfeld des internationalen Interesses. Zu den großen sicherheitspolitischen Herausforderungen gehören unter anderem nicht abgeschlossene Staatsbildungsprozesse, bewusst geschürte ethnische Konflikte, der illegale Handel mit Drogen, Zigaretten, Menschen, etc. durch die Sahara. Die einzelnen Staaten sind unterschiedlich betroffen und ihre politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen laufen nicht unbedingt parallel.

Monografie in der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Wirtschaftliche Effekte bei Friedenseinsätzen – Überlegungen anhand des ÖBH



Der Faktor Ökonomie stellt ein unterschätztes Bindeglied zwischen vielen Aktivitäten des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements dar. Wirtschaftliche Maßnahmen können eine positive Rolle bei der Konflikttransformation haben. Nicht umsonst ist „Ökonomische Revitalisierung“ auch eine Priorität der UNO im Peacebuilding. Vielfach hängt es davon ab, ob ein Bewusstsein über erzielbare Effekte auf Seite der intervenierenden Kräfte besteht. Wirtschaftliche Effekte werden am Beispiel des BMLVS/ÖBH untersucht, um innovative Ansätze für eine adäquate und effiziente Vorgangsweise zu diskutieren.

IFK Monitor International

Bosnia and Herzegovina: After the October Elections: More of the same?



Neben dem in deutscher Sprache erscheinenden "IFK Monitor" wurde durch diese neue Publikationsreihe die Möglichkeit geschaffen, auch einem internationalen Leserkreis aktuelle Analysen des IFK zu wichtigen Themen der internationalen Politik und des Konfliktmanagements zur Verfügung zu stellen.

In einer der bisher erschienenen Ausgaben wird die komplexe politische Entwicklung in Bosnien und Herzegowina nach den gesamtstaatlichen Wahlen von Oktober 2014 analysiert.

Militärwissenschaftliches Journal der Landesverteidigungsakademie

ISMS Annual Conference 2014



In Kooperation mit der International Society of Military Sciences (ISMS) präsentiert die Landesverteidigungsakademie das militärwissenschaftliche Journal. In dieser Ausgabe wurden alle Kurzfassungen zum Thema der „Armed Forces for 2020 and beyond“ aus den neun Eckpfeilern der ISMS-Arbeitsgruppen (bestehend aus Akademikern und Militärexperten) präsentiert. Es soll die Fachrichtungen der Militärwissenschaft grundlagenwissenschaftlich beleuchten.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. IFK Aktuell folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheitsstrategie, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVAk/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

<http://www.bundesheer.at/ifk>



Bild: Nadja Meister

Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Titelbild: Der serbische Premierminister Aleksandar Vučić bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Genozids in Srebrenica, Juli 2015

(Quelle: 2015 Anadolu Agency/Getty Images)

Der Westbalkan im Fokus – Friedenskonsolidierung als Sisyphusarbeit

Am Westbalkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien) sind die komplexen Konsolidierungs- und Friedensprozesse noch nicht abgeschlossen. Das Erbe der Kriege der 1990er Jahre lastet als Hypothek schwer auf den bilateralen und regionalen Beziehungen. Friedensmissionen erscheinen insbesondere in Bosnien-Herzegowina (BiH) und im Kosovo als „Sicherheitsnetz“ noch immer notwendig zu sein.

Geopolitische Spannungen zwischen „dem Westen“ und Russland erschweren die regionale Konsolidierung. Neue Krisensymptome in Mazedonien zeigen, dass Konfliktprävention eine langfristige Verpflichtung ist. Wirtschaftliche Schwierigkeiten fördern Nationalismus und religiösen Extremismus. Konstruktive Prozesse in der Region werden maßgeblich durch die EU-Integrationspolitik vorangetrieben, die von Österreich unterstützt wird. Für eine erfolgreiche Fortsetzung der Konsolidierung des Westbalkans ist allerdings eine in sich gestärkte EU eine Voraussetzung.

Wo der Westbalkan 16 Jahre nach Kriegsende im Konsolidierungsprozess steht und welche Rolle die internationale Seite, insbesondere die EU, spielt, beleuchtet dieses IFK Aktuell.

INHALT

Noch kaum verheilte Wunden des Krieges	Seite 4
Šešeljs Rückkehr	
„Amtstafelstreit“ in Ostkroatien	
Neu entdeckte Massengräber	
Wechselseitige Genozidklagen	
Schwieriger Staatsaufbau in Bosnien-Herzegowina und Kosovo	Seite 5
Wichtige regionale Bedeutung von Bosnien und Herzegowina	
Langjährige Obstruktion und Stagnation	
Hoffnungsträger Zivilgesellschaft	
Politische Entwicklung nach den gesamtstaatlichen Wahlen	
EU-Vermittlung zw. Belgrad und Prishtina/Priština	
Verbesserung der Sicherheitslage im Hot Spot Nord-Kosovo	
Vorsichtiger Optimismus	
Widerstand bei radikalen Kräften	
Die Rolle der internationalen Missionen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo	
Gefährliche Aufschaukelung in Mazedonien	Seite 11
Toleranter Balkan-Islam vs. extremistische Strömungen	Seite 12
Der Westbalkan im Fokus geopolitischer Spannungen	Seite 13
Integrationspolitik der EU als „Aufweichfaktor“	Seite 14
Unterstützte Rolle Österreichs	Seite 14

Noch kaum verheilte Wunden des Krieges

Šešeljs Rückkehr

In der Region besteht mittlerweile ein Konsens darüber, dass bilaterale Probleme und Konflikte friedlich und auf politischem Wege gelöst werden sollen. Die bei den früheren Konfliktparteien vorhandenen unterschiedlichen Narrative darüber, welche Seite während des Krieges hauptsächlich „Opfer“ und welche hauptsächlich „Täter“ war, reißt die alten Kriegswunden jedoch immer wieder von Neuem auf. Eine zeitweilige Verschlechterung bilateraler oder regionaler Beziehungen ist davon die Folge.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Bild: Alexa Stankovic/Getty Images

Der serbische Nationalist Vojislav Šešelj im Kreise seiner Anhänger in Belgrad

Im November 2014 entließ das „International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia“ (ICTY) in Den Haag den für Kriegsverbrechen angeklagten serbischen Ultranationalisten Vojislav Šešelj vorübergehend aus der Haft, obwohl sein Prozess noch nicht abgeschlossen war. Šešelj wurde aus humanitären und medizinischen Gründen die Rückkehr nach Belgrad erlaubt, wo er sich aber hauptsächlich um die Mobilisierung seiner nationalistischen Anhänger kümmerte. Dieser Umstand, der von der serbischen Regierung heruntergespielt wurde, rief Empörung bei Politikern aus dem Nachbarland Kroatien hervor. Besonders provoziert fühlten sich kroatische Politiker durch die Gratulation Šešeljs an seine Četniks für die „Befreiung Vukovars im November 1991“. Für viele Kroaten stellt die vorübergehende Einnahme dieser ostkroatischen Stadt durch die Serben, die 1991 mit vielen Kriegsverbrechen einherging, noch immer ein nationales Trauma dar. Da Šešelj gegen die Auflagen für seine vorübergehende Freilassung verstoßen hat, forderte das ICTY Ende März von Serbien, die neuerliche Auslieferung des Angeklagten. Zu Redaktionsschluss, Anfang Juli, hielt sich der serbische Ultranationalist allerdings nach wie vor in Belgrad auf.

„Amtstafelstreit“ in Ostkroatien

Dass die Traumata des Krieges selbst im mittlerweile zur EU gehörenden Kroatien in der Gesellschaft noch immer stark präsent

sind, zeigt auch der „Amtstafelstreit“ im bereits angesprochenen Vukovar. Gemäß der kroatischen Verfassung haben Angehörige der nationalen Minderheiten das Recht auf Anbringung von zweisprachigen Amtstafeln, wenn ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in der entsprechenden Gemeinde mehr als ein Drittel ausmacht. Beim Versuch, zweisprachige Amtstafeln in lateinischer Schrift und kroatischer Sprache sowie kyrillischer Schrift und serbischer Sprache an Amtsgebäuden in Vukovar anzubringen, kam es in den vergangenen zwei Jahren mehrmals zu teilweise sehr heftigen und gewaltsamen Reaktionen kroatischer Veteranenverbände. Nach den Angaben der kroatischen Volkszählung aus dem Jahr 2011 leben 27.683 Menschen in Vukovar, davon gehören 57,4% der kroatischen und 34,9% der serbischen Volksgruppe an.

Die interethnischen Beziehungen entwickeln sich seit der 1998 vollzogenen friedlichen Reintegration von Vukovar in den kroatischen Staat überwiegend gewaltfrei. Wegen der noch immer stark präsenten Kriegstraumen handelt es sich aber eher um ein friedliches Nebeneinander als um ein Miteinander. Vor dem Hintergrund der spezifischen Kriegsgeschichte Vukovars stellte die von der Regierung angeordnete Anbringung zweisprachiger Amtstafeln an öffentlichen Gebäuden aus der Sicht kroatischer Veteranenverbände eine „Pietätlosigkeit“ dar. Bemühungen der kroatischen Regierung, im Ortstafelstreit zu einer Lösung zu kommen, die sowohl verfassungskonform sein soll, aber auch die Akzeptanz der Veteranenverbände findet, gestalten sich bisher als sehr schwierig.

Neu entdeckte Massengräber

Auch wenn das Ende der Kriege in Bosnien und Herzegowina (BiH) schon 20 Jahre zurückliegt, werden in diesem Balkan-Land noch immer neue Massengräber entdeckt. So wurde im Oktober 2013 im Ort Tomašica in der Nähe der westbosnischen Stadt Prijedor das bisher größte einzelne Massengrab des Bosnienkrieges entdeckt. Forensiker fanden die sterblichen Überreste von mehr als 400 – hauptsächlich muslimisch-bosnjakischen – Kriegsoffizieren. Noch immer gelten in ganz BiH mehrere Tausend Menschen unterschiedlicher Nationalität als Kriegsvermisste. Sie werden in ähnlichen Massengräbern vermutet. Die meisten, bisher entdeckten Massengräber befinden sich in der Region um die ostbosnische Stadt Srebrenica. Dort wurden im Juli 1995 bis zu 8000 bosnjakische Männer und männliche Jugendliche von Mitgliedern der serbischen Konfliktpartei exekutiert. Positiv ist, dass sich nicht nur das internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag sondern zunehmend auch die nationalen Gerichte in der Region mit der Verantwortung für Kriegsverbrechen auseinandersetzen. So wurden z.B. in Belgrad im März 2015 auf Weisung der Sonderstaatsanwaltschaft für Kriegsverbrechen acht mutmaßliche serbische Kriegsverbrecher festgenommen, die an den Srebrenica-Verbrechen beteiligt gewesen sein sollen.

Andererseits belasten Haftbefehle gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher, die von Interpol exekutiert werden, die bilateralen Beziehungen in der Region. Im Juni 2015 wurde auf der Basis eines

serbischen Haftbefehls der bosnjakische Kriegskommandant von Srebrenica, Naser Orić, von der schweizerischen Polizei festgenommen. Die Folge davon war ein diplomatischer Disput zwischen Belgrad und Sarajevo sowie die Verschiebung eines Staatsbesuchs des serbischen Präsidenten Tomislav Nikolić in BiH.

Wechselseitige Genozidklagen

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat am 3. Februar 2015 sein Urteil im Prozess um die wechselseitigen Genozidklagen Kroatiens und Serbiens verkündet. Kroatien hat Serbien 1999 wegen serbischer Verbrechen während des Kroatienkrieges (1991-95) geklagt. Serbien antwortete 2010 mit einer Gegenklage, in der insbesondere auf kroatische Kriegsverbrechen während der Operation „Sturm“ (August 1995) Bezug genommen wurde. Durch diese militärische Operation konnte Kroatien die von serbischen Rebellen gehaltenen Gebiete zurückerobern.

Im Urteilsspruch des Internationalen Gerichtshofs wurde die kroatische Klage gegen Serbien von 15 Richtern (bei 2 Gegenstimmen) abgelehnt, im Falle Serbiens fiel die Zurückweisung der Genozidklage gegen Kroatien einstimmig aus. Die Richter vertraten die Auffassung, dass in keinem der beiden Fälle alle notwendigen Kriterien der streng definierten Genozidkonvention aus Dezember 1948 erfüllt wurden, damit diese Verbrechen eindeutig als „Völkermord“ klassifiziert werden können. Das Gericht konstatierte, dass sowohl von der serbischen als auch von der kroatischen Konfliktpartei während des Krieges schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Jedoch hätte keine der klagenden Parteien der Gegenseite die Vernichtungsabsicht („mens rea“) nachweisen können. Bisher hat der Internationale Gerichtshof nur die schweren Verbrechen serbischer Soldaten im bosnischen Srebrenica als „Völkermord“ qualifiziert.

Das ausgleichende Urteil des Internationalen Gerichtshofs bietet beiden Staaten die Möglichkeit, dieses noch immer sehr konfliktbeladene Kapitel in ihren Beziehungen leichter schließen zu können. Eine wichtige Voraussetzung dafür wird aber die Aufklärung des Schicksals von mehreren Hundert Kriegsvermissten auf beiden Seiten sein.

HINTERGRUND

■ UN-Konvention gegen Völkermord (Genozid), Dezember 1948

Die Konvention definiert Völkermord in Artikel II als „eine der folgenden Handlungen, begangen in der Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- a) das Töten von Angehörigen der Gruppe
- b) das Zufügen von schweren körperlichen oder seelischen Schäden bei Angehörigen der Gruppe
- c) die absichtliche Unterwerfung unter Lebensbedingungen, die auf die völlige oder teilweise physische Zerstörung der Gruppe abzielen
- d) die Anordnung von Maßnahmen zur Geburtenverhinderung
- e) die zwangsweise Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe“

Der Völkermord in und um Srebrenica

Im Kontext der jugoslawischen Zerfallskriege wurde vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag im Februar 2007 das Massaker in Srebrenica als Genozid qualifiziert.

Truppen der Serben aus Bosnien und Herzegowina unter dem Kommando von General Ratko Mladić töteten im Juli 1995 ca. 8000 bosnjakische Männer und Jugendliche in dem von der UNO zuvor zur Schutzzone erklärten Gebiet in Ostbosnien.

Schwieriger Staatsaufbau in Bosnien-Herzegowina und Kosovo

Wichtige regionale Bedeutung von Bosnien und Herzegowina

Im Rahmen der Friedenskonsolidierung in Südosteuropa spielt BiH eine besondere Rolle. Neben dem Kosovo ist es das einzige der in den neunziger Jahren vom Kriege betroffenen Gebiete des früheren Jugoslawien, in dem noch immer eine Art internationale Kontrolle stattfindet und Friedenstruppen stationiert sind. Der „Westen“, sprich die EU und die USA, haben nach dem Friedensschluss von Dayton/Paris (November/Dezember 1995) eine besondere Verantwortung für die Nachkriegsentwicklung in BiH übernommen. Es gab ein klares Bekenntnis aus Brüssel und Washington, diesem multiethnischen Land mit seinen konstitutiven Volksgruppen, den muslimischen Bosnjaken, den orthodoxen Serben und den katholischen Kroaten sowie den anderen Bürgern dieses Landes beim neuerlichen Zusammenwachsen substantiell zu helfen. Der Nationalismus sollte zurückgedrängt und BiH auf eine zukünftige Mitgliedschaft in der EU und NATO vorbereitet werden.

Langjährige Obstruktion und Stagnation

Eine längere Phase der Fortschritte in der Stärkung der gesamtstaatlichen Institutionen (1999-2005) war hauptsächlich auf die protektorsähnlichen Interventionen des High Representative der internationalen Staatengemeinschaft zurückzuführen. Nach einer misslungenen Verfassungsreform verstärkten sich ab 2006 wieder die politischen Antagonismen zw. den nationalen Politikern und der ethnisch-religiöse Nationalismus im Allgemeinen. Die Entscheidung der westlichen Repräsentanten im sog. Friedensimplementierungsrat, ihren „Hüter“ für die Implementierung des Dayton-Abkommens, den High Representative, trotz der formalen Beibehaltung seiner umfangreichen legislativen und exekutiven Vollmachten de facto zu entmachten und vor allem auf die Eigenverantwortlichkeit der Politiker in BiH zu vertrauen, erwies sich – da verfrüht – als Fehler.

In dem von Serben dominierten Staatsteil Republika Srpska erfolgte die dortige politische Führung in der letzten Regierungspe-

riode (2010-2014) – ohne nennenswerte westliche Reaktion – eine offen separatistische Politik und verstieß damit vehement gegen das Friedensabkommen von Dayton. Der zweite Staatsteil, die Föderation BiH, wurde im gleichen Zeitraum durch permanente politische Krisen paralytisiert. Ihre Ursachen waren hauptsächlich klientelistische Machtkämpfe zwischen den relevanten politischen Parteien in der Föderation und die – aus kroatischer Sicht – politische Dominanz der Bosnjaken in diesem Staatsteil von BiH. Während sogar Prishtina und Belgrad im Kontext der EU-Annäherung Kosovos und Serbiens sich 2013 auf ein Abkommen zur Entschärfung der gefährlichen Nordkosovo-Problematik einigen konnten, waren die bosnisch-herzegowinischen Politiker bisher nicht im Stande, die wenigen EU-Bedingungen zu erfüllen, damit BiH zum Kreis der Beitrittskandidaten in der Region aufschließen kann.

Die noch immer dominanten nationalen Parteien bei Bosnjaken, Kroaten und Serben vertreten sehr unterschiedliche staatliche Konzepte – zum Schaden der Konsolidierung des gemeinsamen Staates. So würden bosnjakische Parteien überwiegend eine stärkere Rolle der gesamtstaatlichen Institutionen gegenüber den hinsichtlich der tatsächlichen Kompetenzen dominanten Entitäten bevorzugen. Serbische Politiker streben genau das Gegenteil an. Sie möchten, dass die politische Autonomie „ihrer“ Entität noch weiter ausgebaut wird oder – in der radikaleren Variante – die Republika Srpska die staatliche Unabhängigkeit erhält. Letzteres wird von der EU und den USA – aus guten Gründen – abgelehnt und würde sehr wahrscheinlich zu neuen Konflikten in der Region führen. Nationale Politiker der Kroaten wiederum stellen zwar nicht den Staat BiH in Frage, haben als politisches Endziel aber die Schaffung einer eigenen Entität, was wiederum von den Bosnjaken abgelehnt wird.

Unter diesen schwierigen politischen Rahmenbedingungen haben es vernünftige Konzepte sehr schwer, in BiH umgesetzt zu werden. Ein solches wäre die Eingrenzung ethnischer Prinzipien auf jene Bereiche, die zum Schutz der unterschiedlichen nationalen Identitäten unbedingt notwendig erscheinen. Gleichzeitig sollte aber der Ausbau staatsbürgerlicher Prinzipien in allen Angelegenheiten vorangetrieben werden, die der Mehrheit der Bürger von BiH ein gemeinsames Problem und Anliegen sind.

Hoffnungsträger Zivilgesellschaft

In der Föderation BiH gab die Zivilgesellschaft im Frühjahr 2014 ein starkes Lebenszeichen, indem in zahlreichen sozialen Protesten gegen die Unfähigkeit der nationalen Politiker demonstriert wurde, die schlechten ökonomischen und sozialen Bedingungen für die Bevölkerung zu verbessern und eine gemeinsame Vision des Gesamtstaates zu entwickeln. Da es nicht im ausreichenden Ausmaß zu Solidaritätskundgebungen im Staatsteil Republika Srpska kam und die Proteste hauptsächlich auf Bürgerinitiativen in der Föderation beschränkt blieben, verloren die Kundgebungen nach wenigen Wochen an Kraft und politischer Bedeutung. Die Hoffnungen enttäuschter Bürger und westlicher Politiker auf einen politischen Neubeginn in BiH richteten sich deshalb auf die gesamtstaatlichen Wahlen, die am 12. Oktober 2014 abgehalten wurden.

Politische Entwicklung nach den gesamtstaatlichen Wahlen

Die EU hat das Risiko, das von einem fragilen Staat BiH für die regionale Sicherheit ausgeht, grundsätzlich erkannt und versucht, ein positiver Impulsgeber zu sein. Auf der Basis einer deutsch-britischen Initiative einigten sich die bosnisch-herzegowinischen Politiker im Frühjahr 2015 auf die Grundzüge einer ökonomischen Reformagenda, die auch den europäischen Integrationsbestrebungen von BiH wieder neuen Auftrieb geben soll. Im Gegenzug aktivierte die EU das schon 2008 unterzeichnete, aber bisher nicht in Kraft getretene Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen mit BiH, das eine formale Voraussetzung für den Beitrittsantrag darstellt.

Raum für vorsichtigen Optimismus geben die im Vergleich zur letzten Mandatsperiode konstruktivere Zusammensetzung des bosnisch-herzegowinischen Staatspräsidiums und der gesamtstaatlichen Regierung (Ministerrat). Mit Mladen Ivanić wurde ein – im Unterschied zu früheren Wahlen – konstruktiver serbischer Repräsentant ins Staatspräsidium gewählt. In dem Ende März 2015 angelobten Ministerrat ist neben nationalen Parteien der Serben, Kroaten und Bosnjaken mit der „Demokratischen Front“ auch eine multiethnische Partei vertreten. Außerdem besteht in der Regierung zumindest formal ein Konsens über eine europäische Reformagenda und eine kompromissorientierte Politik. Andererseits existieren noch immer genügend Störfaktoren für die Umsetzung einer solchen konstruktiven Politik. So ist zwar die zuletzt immer nationalistischer auftretende Partei der „Unabhängigen Sozialdemokraten“ des serbischen Politikers und Präsidenten des Staatsteils Republika Srpska, Milorad Dodik, auf gesamtstaatlicher Ebene durch die oppositionelle „Allianz für den Wandel“ als Regierungspartei ersetzt worden. Dodik und seine Partei konnten sich aber neuerlich bei der Wahl als stärkster politischer Faktor in der Republika Srpska behaupten. So können jederzeit durch eine Obstruktionspolitik aus dieser Entität konstruktive Maßnahmen auf gesamtstaatlicher Ebene gestört oder sogar verhindert werden.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

In Bosnien und Herzegowina verstärkten sich 2014 soziale Proteste

Bild: 2014 Anadolu Agency/Getty Images

EU-Vermittlung zw. Belgrad und Prishtina/Priština

Zu den zentralen Herausforderungen in der Region zählt der Aufbau eines funktionierenden und kooperativen Staates auf dem Territorium des früheren Kriegsgebiets Kosovo. Die Vorbedingung für eine solche Entwicklung ist die Normalisierung der Beziehungen zw. den albanisch dominierten Institutionen im Kosovo und dem ehemaligen Kriegsgegner Serbien.

Seit dem Frühjahr 2011 unterstützt die EU einen Dialog zwischen den Regierungen Serbiens und des Kosovo. Dieser hat als Ziel, die Lebenssituation der Kosovo-Serben (5-7%), der anderen Nicht-Albaner und der Albaner im Kosovo (ca. 90%) zu verbessern. Für Serbien ist der Kosovo, dessen Parlament im Februar 2008 die staatliche Unabhängigkeit ausrief, formal-rechtlich noch immer Bestandteil des eigenen Staatsterritoriums. Bis Juni 2015 wurde die frühere serbische Provinz und ehemalige UN-Protectorat allerdings von 111 UN-Mitgliedsländern (darunter 24 EU-Mitglieder) als Staat anerkannt. Diesen Umstand kann auch Belgrad realpolitisch nicht mehr ignorieren und zeigt sich deshalb im Rahmen der EU-Heranhaltungsstrategie zu Gesprächen mit Prishtina/Priština bereit.

Mit Brüsseler Unterstützung wurden bisher zw. den früheren Konfliktparteien folgende technische Rahmenabkommen vereinbart: Abkommen über Zollstempel, die gemeinsame Grenzkontrolle, Grundbücher, Personalregister, die wechselseitige Anerkennung von Universitätsdiplomen, die Bewegungsfreiheit und die Teilnahme Kosovos an regionalen Kooperationsforen.

Verbesserung der Sicherheitslage im Hot Spot Nord-Kosovo

Im serbisch dominierten Norden des Kosovo, in dem Schätzungen zufolge ca. die Hälfte der 120.000 Kosovo-Serben leben, lehnten die lokalen Machthaber bis 2013/14 jede Zusammenarbeit mit den kosovarischen Regierungsinstitutionen ab. Vor den Augen der internationalen Zivilpräsenz und der Friedenstruppe KFOR bildete sich im Kosovo so eine rechtsfreie Sonderzone heraus. Von Serben aufgestellte Barrikaden behinderten die Bewegungsfreiheit im Nordkosovo. Bewohner der Häuser entlang der Trennungslinie in der zwischen Serben und Albanern geteilten Stadt Mitrovica wurden in den vergangenen Jahren häufig zu Opfern ethnisch motivierter Anschläge. Es war offensichtlich, dass ohne eine Entschärfung des Nordkosovo-Problems die zuvor zw. Belgrad und Prishtina/Priština vereinbarten technischen Abkommen kaum eine Chance auf Umsetzung haben würden.

Die Verbesserung der Sicherheitssituation im Nord-Kosovo wurde durch das Brüsseler Abkommen von April 2013 eingeleitet. Unter Vermittlung der damaligen Hohen Repräsentantin der Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton, unterzeichneten die damaligen Premierminister des Kosovo und Serbiens, Hashim Thaçi und Ivica Dačić, ein Abkommen zur Entspannung des Nordkosovo-Problems. Durch dieses Abkommen akzeptierte Belgrad grundsätzlich, dass die Serben aus dem Nord-Kosovo in das politische, polizeiliche und rechtliche System des Kosovo integriert werden. Prishtina/Priština wiederum stimmte der Bildung eines „Bundes der Serbischen Gemeinden“ zu. Er soll alle serbischen Siedlungsgebiete – auch außerhalb des Nordkosovo – umfassen und soll den Kosovo-Serben

insbesondere in den Bereichen ökonomische Entwicklung, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei der Raumplanung umfangreiche Selbstverwaltungsrechte geben.

Vorsichtiger Optimismus

Sowohl Belgrad als auch Prishtina/Priština scheinen im Lichte ihrer EU-Beitrittsambitionen ein wirkliches Interesse daran zu haben, die Nordkosovo-Frage als Sicherheitsproblem zu entschärfen. Aus Belgrad gab es eindeutige Regierungsempfehlungen an die Kosovo-Serben, an der kosovarischen Kommunalwahl (November 2013) und an der kosovarischen Parlamentswahl (Juni 2014) teilzunehmen. Im Februar 2015 einigten sich die beiden Seiten auf ein gemeinsames Gerichtssystem für Kosovo-Serben und Kosovo-Albaner.

Diese Fortschritte bei der Umsetzung des Plans für den Nord-Kosovo dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Interpretation von diesem und anderen von Belgrad und Prishtina/Priština bisher unterzeichneten Abkommen sehr weit auseinander geht. Für die serbische Regierung stellen sie offiziell Abkommen mit einer „Autonomiebehörde“ innerhalb Serbiens dar, während die kosovarische Regierung sie als schrittweise De-facto-Anerkennung des Kosovo als unabhängigen Staat durch Belgrad interpretiert. Die Umsetzung des schwierigsten Teils des Brüsseler Abkommens vom April 2013 steht überhaupt erst bevor und wurde bisher noch gar nicht in Angriff genommen. Es handelt sich um die rechtliche und politische Konkretisierung des zu errichtenden „Bundes der Serbischen Gemeinden“. Während Belgrad diesbezüglich ein Modell à la Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina für diesen Bund vorschwebt, lehnt die kosovarische Regierung einen „Staat im Staate“ strikt ab. Sie ist nur bereit, den Kosovo-Serben umfassende Rechte der lokalen Selbstverwaltung zu garantieren.

„So, the implementation of the Brussels agreement, in fact, suits Serbia, Serbia does not hinder its implementation, Pristina does...“

Ivica Dačić, Serbischer Außenminister, April 2015

Widerstand bei radikalen Kräften

Der Kosovo-Dialog und der Brüsseler Plan im Speziellen stoßen aber nicht nur auf politische Zustimmung. Sowohl auf serbischer als auch albanischer Seite gibt es im nationalistischen politischen Spektrum scharfe Kritiker einer Normalisierung der Beziehungen.

Außerparlamentarische national-konservative und nationalistische Parteien in Serbien werfen den Verhandlungsführern, dem aktuellen Premierminister Aleksandar Vučić und Außenminister Ivica Dačić, „Verrat an den serbischen nationalen Interessen“ vor. Auch unter den Serben im Nord-Kosovo stößt das Brüsseler Abkommen ungeachtet der Überzeugungsarbeit von Belgrader Politikern auf großes

KROATIEN	
Bevölkerung:	4,28 Mio. (davon 4,36% Serben, Volkszählung 2011)
Fläche:	56,542 km ² (Land), 31.067 km ² (Territorialgewässer)
Politisches System:	Parlamentarische Demokratie
Staatspräsidentin:	Kolinda Grabar-Kitarović
Ministerpräsident:	Zoran Milanović
BIP* pro Kopf:	€ 15.800 (2014)
Durchschnittliches Monatseinkommen:	€ 1042
Offizielle Arbeitslosenrate:	17,3% (2014)
Stand der Integration in EU und NATO:	EU-Mitgliedschaft (seit 1. Juli 2013), NATO-Mitgliedschaft (seit 1. April 2009)



SERBIEN	
Bevölkerung:	7,18 Mio. (ohne Kosovo); davon 3,53% Ungarn, 2,05% Roma und 2,02% Bosnjaken sowie weitere Minderheiten
Fläche:	77.474 km ² (ohne Kosovo)
Politisches System:	Parlamentarische Demokratie; autonomes Gebiet Vojvodina
Staatspräsident:	Tomislav Nikolić
Ministerpräsident:	Aleksandar Vučić
BIP* pro Kopf:	€ 9.800 (2014)
Durchschnittliches Monatseinkommen:	€ 524 (2014)
Offizielle Arbeitslosenrate:	18,9% (2014)
Präsenz internationaler Organisationen:	OSZE-Mission
Stand der Integration in EU und NATO:	EU-Beitrittskandidat (seit März 2012), Beitritt zur NATO-PPF** (Dezember 2006)



KOSOVO	
Bevölkerung:	ca. 1,8 Mio. (davon Serben und andere ethnische Gruppen ca. 7%)
Fläche:	10.908 km ² (etwa die Fläche Oberösterreichs)
Politisches System:	Parlamentarische Demokratie unter Aufsicht der UNO und der EU
Staatspräsidentin:	Atifete Jahjaga
Ministerpräsident:	Isa Mustafa
BIP* pro Kopf:	€ 7.000 (2014)
Durchschnittliches Monatseinkommen:	€ 416 (2014)
Offizielle Arbeitslosenrate:	30% (2014)
Präsenz internationaler Organisationen und Friedenstruppen:	UNO-Mission UNMIK (unter Einschluss der OSZE), Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX (ca. 1.600), EU Special Representative, NATO-geführte Friedenstruppe Kosovo Force (ca. 4.760)



MAZEDONIEN / FYROM	
Bevölkerung:	ca. 2,06 Mio. (Schätzung), davon ca. 64% ethnische Mazedonier, 25% Albaner, serbische, türkische und Roma-Minderheit
Fläche:	25.713 km ²
Politisches System:	Parlamentarische Demokratie
Staatspräsident:	Gjorge Ivanov
Ministerpräsident:	Nikola Gruevski
BIP* pro Kopf:	€ 10.100 (2014)
Durchschnittliches Monatseinkommen:	€ 508 (2014)
Offizielle Arbeitslosenrate:	28% (2014)
Präsenz internationaler Organisationen:	OSZE-Mission
Stand der Integration in EU und NATO:	EU-Beitrittskandidat (seit Dezember 2005), Beitritt zur NATO-PPF** (November 1995), NATO-Beitrittsverhandlungen im Rahmen des „Membership Action Plan“



BOSNIEN UND HERZEGOWINA	
Bevölkerung:	3,79 Mio. (Volkszählung 2013); muslimische Bosnjaken, Serben, Kroaten sowie ethnische Minderheiten
Fläche:	51.197 km ²
Politisches System:	Parlamentarische Demokratie, umfangreiche Kompetenzen des Hohen Repräsentanten der Staatengemeinschaft (Valentin Inzko), 2 Entitäten, Distrikt Brčko
Staatspräsidium:	Bakir Izetbegović, Mladen Ivančić, Dragan Čović
Vorsitzender d.Ministerrats:	Denis Zvizdić
BIP* pro Kopf:	€ 7.500 (2014)
Durchschnittliches Monatseinkommen:	€ 659 (2014)
Offizielle Arbeitslosenrate:	27,5% (2014)
Präsenz internationaler Organisationen und Friedenstruppen:	EU-Friedenstruppe EUFOR/Althea (ca. 600), EU Special Representative, Office of the High Representative, OSZE-Mission
Stand der Integration in EU und NATO:	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (Juni 2008), Beitritt zur NATO-PPF** (Dezember 2006), NATO-Beitrittsverhandlungen im Rahmen des „Membership Action Plan“



MONTENEGRO	
Bevölkerung:	625.266 (Volkszählung 2011)
Fläche:	13.812 km ²
Politisches System:	Parlamentarische Demokratie
Staatspräsident:	Filip Vujanović
Ministerpräsident:	Milo Đukanović
BIP* pro Kopf:	€ 10.900 (2014)
Durchschnittliches Monatseinkommen:	€ 723 (2014)
Offizielle Arbeitslosenrate:	18% (2014)
Präsenz internationaler Organisationen:	OSZE-Mission
Stand der Integration in EU und NATO:	EU-Beitrittskandidat (seit Dezember 2010), Beitritt zur NATO-PPF** (Dezember 2006), NATO-Beitrittsverhandlungen im Rahmen des „Membership Action Plan“



ALBANIEN	
Bevölkerung:	2,8 Mio. (Volkszählung 2011); griechische, aromunische, slawische und Roma-Minderheit
Fläche:	28.748 km ² (etwa die Fläche Oberösterreichs)
Politisches System:	Parlamentarische Demokratie
Staatspräsident:	Bujar Nishani
Ministerpräsident:	Edi Rama
BIP* pro Kopf:	€ 7.700 (2014)
Durchschnittliches Monatseinkommen:	€ 264 (2014)
Offizielle Arbeitslosenrate:	17,5% (2014)
Präsenz internationaler Organisationen:	OSZE-Mission
Stand der Integration in EU und NATO:	EU-Beitrittskandidat (seit Juni 2014), NATO-Mitgliedschaft (seit 1. April 2009)



NATO
North Atlantic Treaty Organization

*) BIP
Bruttoinlandsprodukt

**) NATO-PfP
NATO Partnership for Peace

WESTBALKAN

Länderdaten und internationale Missionen



EUFOR
EU Force in Bosnia and Herzegovina (ALTHEA)



EULEX
EU Rule of Law Mission in Kosovo



EUSR
EU Special Representative



OHR
Office of the High Representative for BiH



OSCE
Organization for Security and Co-operation in Europe



Kosovo Force
(NATO-Kommando)



United Nations Interim Administration Mission in Kosovo

Misstrauen. Dafür ist nicht ausschließlich die Angst vor albanischer Dominanz ausschlaggebend. Denn vom lange bestehenden rechtsfreien Raum im Nord-Kosovo haben vor allem korrupte Funktionäre und Schmuggler materiell profitiert. Die Implementierung des Brüsseler Abkommens würde wahrscheinlich das Ende des für diese Gruppen vorteilhaften Zustands bedeuten. Anders als die Serben im Nord-Kosovo begrüßen die in mehrheitlich albanischen Gebieten lebenden Serben südlich des Flusses Ibar überwiegend den Dialog zwischen Belgrad und Prishtina/Priština. Sie erhoffen sich davon ein Zusammenwachsen der Serben-Gebiete im Kosovo und ein Ende ihrer isolierten Situation.

Auf der albanischen Seite ist es vor allem die nationalistische Oppositionspartei „Vetëvendosje“ (Selbstbestimmung), die sich vehement gegen den Dialog mit Belgrad ausspricht. Diese Partei verfügt über 16 der insgesamt 120 Abgeordnetensitze im kosovarischen Parlament und hat vor allem bei jungen Wählern verstärkten Zulauf. Die neun im kosovarischen Parlament vertretenen Abgeordneten der „Serbischen Liste“ sind für „Vetëvendosje“ nur ein verlängerter Arm Belgrads im Kosovo. Für den Parteivorsitzenden von „Vetëvendosje“, Albin Kurti, stellen Verhandlungen mit Belgrad über einen Sonderstatus für die Kosovo-Serben einen „Verrat“ der kosovarischen Regierung dar. Kurti, der seine Popularität aus seiner glaubwürdigen Kritik an korrupten Praktiken der bisherigen kosovarischen Regierungen schöpfte, kritisiert auch die Präsenz der internationalen zivilen Missionen. Diese würden Geld verschleudern und die Souveränität des Kosovo ohne wirkliche politische Kontrolle einschränken. Vetëvendosje will

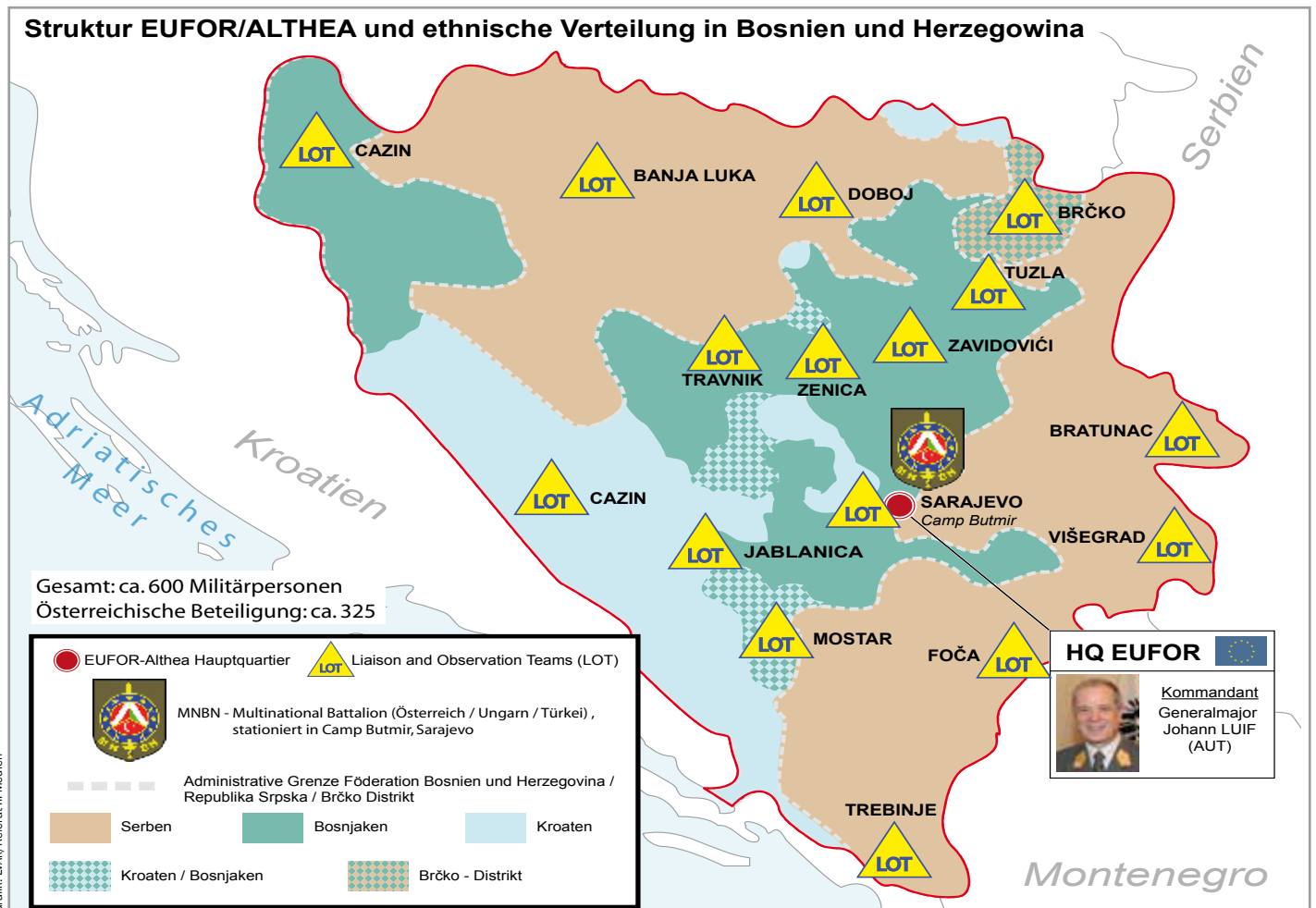
auch mit außerparlamentarischen Mitteln gegen den ungeliebten Dialog mit Belgrad protestieren. In der Vergangenheit waren solche Demonstrationen teilweise gewaltsam verlaufen und auch gegen Einrichtungen der internationalen Missionen im Kosovo gerichtet gewesen.

Die Rolle der internationalen Missionen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo

Wegen der Fragilität politischer Konsolidierungsprozesse und auch wegen des noch vorhandenen nationalen Konfliktpotenzials scheint die Präsenz internationaler Missionen in BiH und insbesondere im Kosovo weiterhin notwendig zu sein.

Im Kosovo sollen insbesondere die OSZE und die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU, die EULEX, die Implementierung des Brüsseler Abkommens unterstützen. Beide Organisationen, die mit 600 bzw. 1600 Mitarbeitern im Kosovo präsent sind, werden speziell von der kosovarisch-albanischen Bevölkerung eher geduldet als geschätzt. Gleichzeitig sind internationale Missionen aber noch immer ein wichtiger Arbeitgeber und eine relevante Einnahmequelle im ökonomisch schwach aufgestellten Kosovo. Die OSZE-Mission versucht Kontakt zu den Gemeinschaften der Minderheiten im Kosovo zu halten und unterstützt die kosovarischen Institutionen bei der Durchführung von Wahlen im noch immer angespannten Norden.

Angesichts der nach wie vor ethnisch sehr stark polarisierten Situation kann nur mit Unterstützung der EULEX die Integration des Nordens



Grafik: UAW/Referat III Medien

in das polizeiliche und rechtliche System des Kosovo gelingen. Allerdings wird die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU durch immer wiederkehrende Vorwürfe belastet, wonach sie ein Hort der Korruption sei und interne Abläufe mangelhaft verlaufen würden. Auch weigern sich serbische Politiker aus dem Nord-Kosovo mehrheitlich, mit der EULEX zusammenzuarbeiten. Sie erkennen nur die Nachfolgemission der früheren UNO-Verwaltung (UNMIK) als legitime internationale Zivilpräsenz an. Letztere ist zwar noch mit ca. 300 Mitarbeitern im Kosovo präsent, beschränkt sich aber nach eigenen Angaben auf das Beobachten der politischen Entwicklungen. Weitgehend unumstritten ist die nach wie vor wichtige Rolle der internationalen Friedenstruppe KFOR für den Stabilisierungsprozess. Die KFOR (dzt. Stärke 4760) hat zuletzt im Sommer 2011 bewiesen, dass sie auf unkalkulierbare negative Entwicklungen im Nord-Kosovo adäquat zu reagieren weiß.

Durch die im Vergleich zum Kosovo bessere Sicherheitslage ist in BiH die Rolle der internationalen Missionen etwas in den Hintergrund gerückt. Da es – trotz eines generellen Bekenntnisses zur europäischen Zukunft – in BiH noch keinen umfassenden politischen Konsens darüber gibt, wie sich dieser multiethnische und multireligiöse Staat in Zukunft politisch weiter entwickeln soll, bleibt eine internationale Präsenz als „Sicherheitsnetz“ weiterhin notwendig. Dies betrifft

insbesondere die formal noch bestehenden „Bonn Powers“ des High Representative, die im Ernstfall umfangreiche legislative und exekutive Eingreifrechte für die internationale Präsenz beinhalten. Über ein exekutives Mandat nach Kapitel VII der UNO-Charta verfügt für den Notfall auch die 600 Militärpersonen starke EU-Friedenstruppe EUFOR ALTHEA, die durch Trainingsmaßnahmen vor allem die gesamtbosnischen Streitkräfte in ihrem Aufbau unterstützt.



Gefährliche Aufschaukelung in Mazedonien

Mazedonien wird in seinen EU- und NATO-Beitrittsambitionen schon seit fast einem Jahrzehnt durch die Blockadepolitik seines Nachbarn Griechenland gebremst. Athen fordert mit dem Hinweis auf seine gleichnamige nördliche Provinz eine Änderung des Staatsnamens von Mazedonien. Trotz langjähriger UN-Vermittlung zeichnet sich eine Lösung im sog. Namensstreit aber nach wie vor nicht ab. Neben diesem außenpolitischen Dauerproblem behindern die zunehmende Polarisierung zwischen der konservativen Regierungspartei VMRO-DPMNE und der sozialdemokratischen Opposition sowie der autoritäre Führungsstil von Premierminister Nikola Gruevski die Konsolidierung Mazedoniens als demokratischer Staat.

Unter diesen tendenziell schlechten innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen verstärken sich in diesem multiethnischen Land auch wieder nationale Konfliktpotentiale. Im Jahr 2001 konnte in Mazedonien mit internationaler Unterstützung nur knapp ein

Bürgerkrieg zwischen ethnischen Mazedoniern und ethnischen Albanern (ca. 25%) verhindert werden. Das Rahmenabkommen von Ohrid, durch das die Albaner mehr sprachliche Rechte erhielten und ihr Anteil in der staatlichen Verwaltung erhöht wurde, führte zur Entwaffnung der „Nationalen Befreiungsarmee“, dem Ableger der kosovarischen UÇK in Mazedonien. Seit Beginn 2015 mehren sich aber wieder die Anzeichen, dass sich unter den Albanern erneut extremistische Gruppen formieren, die teilweise auch unter dem Einfluss radikaler und krimineller Akteure aus dem Kosovo stehen. Die vorgegebenen Ziele dieser Gruppen sind diffus. Es wird vor allem die angebliche Diskriminierung der Albaner durch den mazedonischen Staat angeprangert.

Nachdem im April 2015 40 albanische Bewaffnete, die das Abzeichen der UÇK trugen, für kurze Zeit den mazedonischen Grenzposten Gošince in Grenznähe zu Serbien und Kosovo unter ihre Kontrolle brachten, kulminierten die neuen Auseinandersetzungen

im Mai in der nordmazedonischen Stadt Kumanovo. Im albanischen Viertel der von Mazedoniern, Serben und Albanern bewohnten Stadt lieferten sich albanische Bewaffnete ein heftiges Feuergefecht mit der mazedonischen Polizei, dabei wurden zehn Aufständische und acht mazedonische Polizisten getötet. Während der Auseinandersetzungen wurden hunderte Menschen evakuiert oder flüchteten kurzzeitig in sichere Gebiete. Gemäß den vom mazedonischen Innenministerium veröffentlichten Informationen planten die mehr als 40 Bewaffneten, die sich neben ethnischen Albanern aus Mazedonien auch aus Kosovo-Albanern und einem Bürger Albanien zusammen-gesetzt haben sollen, größere Anschläge auf bevölkerungsreiche Plätze in Mazedonien durchzuführen. Die mazedonische Opposition vermutete allerdings ein von der Regierung durch Söldner inszeniertes und letztlich aus dem Ruder gelaufenes Manöver, um von den innenpolitischen Problemen abzulenken.

Die gefährlichen Auseinandersetzungen in Kumanovo sollten auch ein Warnsignal für die EU sein, die Probleme in diesem Kandidatenland nicht weiter zu vernach-

lässigen. Eine pro-aktive EU-Politik zur Beendigung der innenpolitischen Krise und der außenpolitischen Blockade ist notwendig, um einen Rückfall Mazedoniens in instabile Verhältnisse zu verhindern.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Die Sicherheitslage verschlechterte sich im Frühjahr 2015 in Mazedonien

Bild: GEORGI LICOVSKI / EPA / picturedesk.com

Toleranter Balkan-Islam vs. extremistische Strömungen

Im September 2014 verhaftete die bosnisch-herzegowinische Sonderpolizeieinheit SIPA (State Investigation and Protection Agency) im Zuge der gesamtstaatlichen Operation „Damaskus“ 16 führende Islamisten. Darunter befand sich auch Husein „Bilal“ Bosnić, das Oberhaupt der wahabitischen Bewegung in BiH. Bosnić und die anderen festgenommenen Rädelführer der salafistischen Bewegung werden von den staatlichen Rechtsinstanzen beschuldigt, junge Männer für den Krieg in Syrien und im Irak angeworben zu haben, um die dortige dschihadistische Terrororganisation „Islamischer Staat“ im Kampf zu unterstützen. Als Folge der Beteiligung von mehreren Hundert bosnisch-herzegowinischen Bürgern an den Kriegen im Nahen Osten hat das Parlament von BiH ein Gesetz beschlossen, das die Beteiligung an Kriegen im Ausland sowie die Anwerbung und Finanzierung von „Freiwilligen“ unter Strafe stellt. Ähnliche Gesetze wurden auch von

den Parlamenten Serbiens und des Kosovo beschlossen. Regionale Medien berichten, dass auch aus dem serbischen Teil der mehrheitlich muslimischen Region Sandžak, aus dem Kosovo und Albanien dutzende Jugendliche aufgebrochen sind, um sich den salafistischen Gruppen im Nahen Osten anzuschließen.

Die offiziellen Repräsentanten der Islamischen Gemeinschaft am Westbalkan verurteilen die Mitwirkung junger Balkan-Muslime am Syrienkrieg. So hat z.B. der amtierende bosnisch-herzegowinische Reisu-Ulema, Husein Kavazović, in Predigten eindeutig den Aufruf zur Gewaltanwendung im Namen des Islam durch „sektiererische“ salafistische Gruppen verurteilt. Repräsentanten des traditionell sehr toleranten Balkan-Islam befürchten, dass die Syrien-Rückkehrer in ihren Heimatländern radikales Gedankengut verbreiten und terroristische Anschläge verüben könnten. Zuletzt wurde im April 2015 im ostbosnischen Zvornik ein terroristischer Anschlag verübt. Der dem salafistischen Milieu zugerechnete 24-jährige Nerđin Ibrić stürmte bewaffnet eine Polizeistation und erschoss einen Polizisten.

Die generell hohe Arbeitslosigkeit in Albanien, BiH, Kosovo und Serbien (2014: 17,5%, 27,5%, 30% u. 18,9%) und die schlechten wirtschaftlichen Perspektiven, insbesondere für Jugendliche, begünstigen den Zulauf zu radikalen salafistischen Gruppen. In BiH besitzen wegen der permanenten politischen Konflikte der Repräsentanten der drei Staatsvölker nur wenige Bürger echtes Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Wahabitische Gemeinschaften gewinnen in dieser negativen politischen Situation vor allem auf dem Land neue Mitglieder. Damit eine weitere Ausbreitung salafistischer Ideen unter jungen Balkan-Muslimen verhindert wird, ist neben der internationalen Unterstützung für demokratische und kooperative Prozesse auch eine umfassende wirtschaftliche Unterstützung, insbesondere in Form nachhaltiger Direktinvestitionen und bei Unternehmensgründungen, unbedingt notwendig.

HINTERGRUND

■ Anschläge mit wahrscheinlich islamistischem Hintergrund in Bosnien und Herzegowina (seit 2010)

Juni 2010: In der zentralbosnischen Stadt Bugojno tötete der frühere Salafist Haris Čaušević durch eine Autobombe einen Polizisten und verletzte sechs weitere Personen.

Oktober 2011: Mevlid Jašarević, der einige Zeit in der bosnischen Salafisten-Hochburg Gornja Maoča verbracht hatte, feuerte mit einem Gewehr des Typs AK-47 vierzig Minuten lang auf die US-Botschaft in Sarajevo. Dabei wurde ein Polizist verletzt.

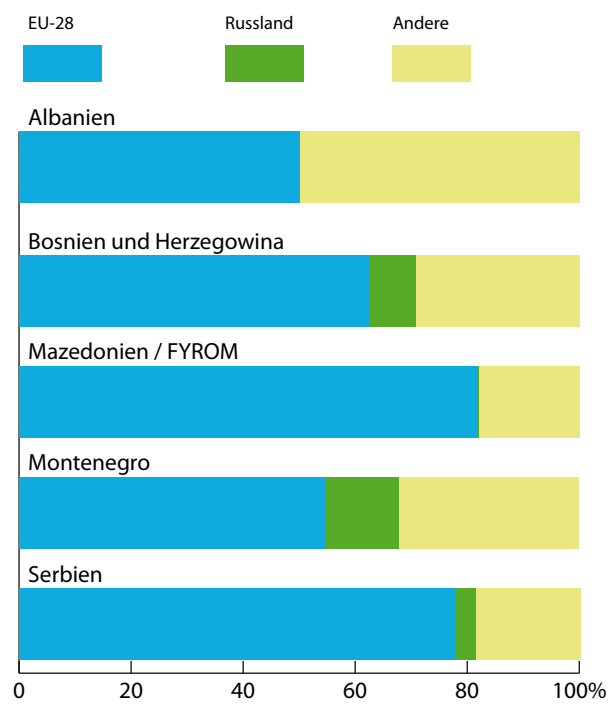
April 2015: Der 24-jährige Nerđin Ibrić aus einem Dorf in der Nähe von Zvornik in Ostbosnien drang in eine Polizeistation in Zvornik ein. Dort erschoss er einen Polizisten und verletzte zwei weitere. Ibrić hatte gemäß den Aussagen seiner Verwandten Kontakte zu radikalen Salafisten in Zvornik, das im serbisch dominierten Staatsteil von Bosnien und Herzegowina liegt.

Der Westbalkan im Fokus geopolitischer Spannungen

Die Westbalkanländer reagierten bisher unterschiedlich auf die Ukraine-Krise. Während das EU-Mitgliedsland Kroatien sowie die Kandidatenländer Montenegro und Albanien EU-Sanktionen gegen Russland unterstützen, gibt es im bosnisch-herzegowinischen Staatspräsidium (wegen der Ablehnung solcher Sanktionen durch das serbische Mitglied) keine gemeinsame Position dazu. Das Kandidatenland Serbien hat sich für eine „neutrale Position“ entschieden, d.h. Belgrad unterstützt die territoriale Integrität der Ukraine, will aber – bis auf Weiteres – Sanktionen gegen den traditionellen Verbündeten Russland nicht unterstützen.

Die EU toleriert diese serbische Position derzeit noch, im Falle einer weiteren Verschärfung des Ukraine-Konflikts könnte sich daraus aber eine neue „Gretchenfrage“ für Serbien im Beitrittsprozess ergeben. Eine eher vorsichtige Position gegenüber Sanktionen vertritt auch die mazedonische Regierung. Dabei spielt natürlich auch die starke Abhängigkeit Südosteuropas von russischem Gas eine wichtige Rolle. So hat das serbische Gasunternehmen „Srbijagas“ im Juli 2014 mit der russischen „Gazprom“ in Belgrad einen Vertrag über den Bau eines durch Serbien führenden Streckenabschnitts der russischen Gaspipeline „South Stream“ abgeschlossen. Vor dem Hintergrund der starken Energieabhängigkeit Südosteuropas von Russland ist die konsequente montenegrinische Haltung bemerkenswert, trotz bisher sehr intensiver Wirtschafts- und Tourismusbeziehungen mit Russland die EU-Außenpolitik gegenüber Russland und der Ukraine voll mittragen zu wollen.

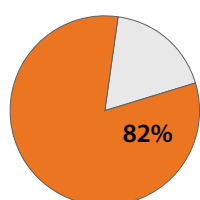
Direktinvestitionen der EU und Russlands 2012/2013



Quelle: WIIW, Wien

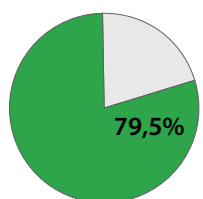
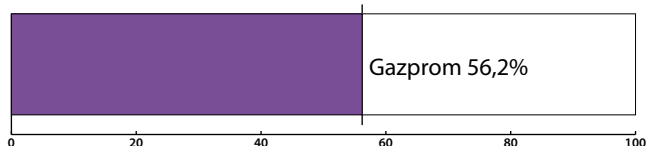
Grafik: LVAk/Referat III Medien

Russische Energiepolitik am Beispiel Serbiens



Gasimporte aus Russland

Anteile an der serbischen Öl- und Gasfirma NIS



Anteile der russischen Lukoil an der Tankstellenkette Beopetrol

Quellen: WIIW, Wien / CSD, Sofia

Grafik: LVAk/Referat III Medien

Die von Putins Russland de facto vertretene außenpolitische Position, wonach der Westen in seinen Beziehungen zu den Nachbarländern Russlands vor allem auch Moskaus Interessen zu berücksichtigen habe, gilt in Umkehrung dieser geopolitischen Logik nicht für die Respektierung der westlichen Interessen auf dem Westbalkan. Die Westbalkanländer grenzen ausschließlich an EU- und NATO-Mitgliedsländer. Alle Westbalkanländer streben den EU- und – mit Ausnahme Serbiens und der Serben in BiH – auch den NATO-Beitritt an. Seit 2000 ist es vor allem die EU, die der Region wichtige Impulse für die Friedenskonsolidierung und regionale Kooperation gibt. Trotz dieser Tatsachen verfolgt Russland auf dem Westbalkan eine Politik, die eher auf die Konterkarierung westlicher Konsolidierungspolitik als auf deren Unterstützung ausgerichtet ist. Beispiele dafür sind die politische Unterstützung aus Moskau für den bosnisch-serbischen Politiker Milorad Dodik – trotz seiner „Los-von-Sarajevo“-Politik – und die Stimmenthaltung des russischen Repräsentanten im UN-Sicherheitsrat, als dort im November 2014 über die Verlängerung von EUFOR ALTHEA abgestimmt wurde. Letzteres stellte Moskau als Protestmaßnahme gegen den „Druck aus Brüssel“ gegenüber den Westbalkan-Ländern dar, Mitglieder der EU und NATO zu werden.

Die Ankündigung Moskaus, wonach die Pläne für die Errichtung von „South Stream“ fürs Erste stillgelegt werden, könnte insbesondere in Serbien zu einer Kurskorrektur führen, was die dortigen Hoffnungen auf eine umfassende wirtschaftliche Unterstützung aus Russland betrifft.

Integrationspolitik der EU als „Aufweichfaktor“

Die erfolgreiche Konsolidierung des Westbalkans hängt sehr maßgeblich von der Fortsetzung der Integrationspolitik der EU in dieser Region ab. Dafür ist wiederum eine in sich gestärkte EU notwendig, deren Mitgliedsländer dazu bereit sind, gemeinsam und solidarisch Probleme zu lösen und die radikalen Renationalisierungswünschen eine Absage erteilen.

Zu der seit 2000 grundsätzlich verfolgten EU-Politik, noch vorhandene Konfliktpotenziale in und zwischen den Westbalkanländern durch deren schrittweise Heranführung an die Vollmitgliedschaft zu verringern, gibt es keine sinnvolle Alternative. Kroatien ist der EU am 1. Juli 2013 als Vollmitglied beigetreten. Albanien, Mazedonien, Montenegro und Serbien besitzen den Kandidatenstatus, mit BiH besteht ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen und mit Kosovo verhandelt die EU über ein solches. Fortschritte sind sowohl im Integrationsprozess als auch bei den zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region erkennbar. Die zuvor dargestellten Risikofaktoren können dem Konsolidierungsprozess aber noch immer ernsthaft schaden. Politische Rückschläge und auch die Verstärkung von Sicherheitsproblemen (Stichwort Islamismus) sind weiterhin möglich. Von zentraler Bedeutung für eine positive regionale Entwicklung werden wirtschaftliche Impulse sein, die bei einzelstaatlichen Arbeitslosenraten von 17% bis 30% dringend notwendig erscheinen. Die EU signalisierte zuletzt durch verschiedene Initiativen, dass sie die Westbalkanstaaten – und hier insbesondere BiH – verstärkt wirtschaftlich unterstützen will.

Nicht von der EU zu vernachlässigen sind aber auch ihre sog. Kopenhagener Beitrittskriterien, die auf eine demokratische Entwicklung

der Beitrittskandidaten ausgerichtet sind. Insbesondere in Mazedonien, Montenegro und in Serbien verstärken sich die Vorwürfe der Opposition und unabhängiger Medien, dass die jeweiligen Regierungschefs in diesen Ländern zunehmend autoritäre Praktiken anwenden.

HINTERGRUND

■ EU-Bedingungen für den Beitritt

Jeder Beitrittskandidat muss bereit sein, die Kopenhagener Kriterien aus dem Jahr 1993 zu erfüllen:

- Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten;
- eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten;
- Fähigkeit, die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und effektiv umzusetzen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen zu machen.

Zusätzliche Bedingungen für die Länder des Westbalkans:

- Diese sind Teil des sogenannten „Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses“ und beziehen sich hauptsächlich auf regionale Kooperation und gute nachbarschaftliche Beziehungen.
- Zwei Beispiele für spezielle Bedingungen sind die Unterstützung des Friedensabkommens von Dayton/Paris für Bosnien und Herzegowina sowie der Dialog zwischen Belgrad und Prishtina/Priština über die Normalisierung ihrer Beziehungen.

Unterstützende Rolle Österreichs

Österreich gehört innerhalb der EU zu den vehementesten Unterstützern einer pro-aktiven Konsolidierungs- und Integrationspolitik gegenüber dem Westbalkan. Ausschlaggebend dafür sind die geographische Nähe, enge kulturelle Beziehungen – mehr als

500.000 in Österreich lebende Menschen haben ihre Wurzeln am Westbalkan – und wirtschaftliche Interessen. Das österreichische Gesamtinvestitionsvolumen in der Region beträgt bisher ca. 13 Mrd. €. Österreichische Unternehmen gehören zu den Hauptinvestoren (Platz 1 in BiH, Kroatien und Serbien; Platz 2 in Mazedonien; Platz 3 in Albanien).



Der österreichische Diplomat Valentin Inzko spielt als Hoher Repräsentant im bosnisch-herzegowinischen Stabilisierungsprozess eine wichtige Rolle

Nach wie vor stellt der Westbalkan das Hauptzielgebiet für das friedenspolitische Engagement Österreichs dar. Mit Stand von Juni 2015 waren im Rahmen der Friedenstruppe EUFOR ALTHEA in BiH 325 österreichische Militärpersonen im Einsatz. Des Weiteren beteiligt sich Österreich im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden mit ca. 500 Militärpersonen an der unter NATO-Kommando stehenden KFOR im Kosovo. Bei EUFOR stellt Österreich mit Generalmajor Johann Luif auch den Kommandanten der Friedenstruppe. Im Kosovo ist Österreich unter den teilnehmenden Nicht-NATO-Staaten der größte Truppensteller. Darüber hinaus ist mit dem Diplomaten Valentin Inzko, der als High Representative in BiH fungiert, auch eine zentrale politische Position im Konsolidierungsprozess mit einem Österreicher besetzt. Experten aus dem Innen- und Justizministerium unterstützen die Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX der EU im Kosovo.

GEPLANTE PUBLIKATIONEN 2015 (AUSWAHL)

- ⇒ **IFK Aktuell:**
 - Hybride Bedrohung
- ⇒ **IFK Monitor (deutsch) & IFK Monitor International (englisch):**
 - Eritrea
 - Trends IKKM
 - Kurden
 - Westbalkan
- ⇒ **Schriftenreihe der LVak:**
 - Hybride Bedrohungen
- ⇒ **Study Group Information:**
 - Westlich-russische Spannungen und Südosteuropa
- ⇒ **Militärwissenschaftliches Journal der LVak:**
 - ISMS Vollbeiträge
- ⇒ **Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der LVak:**
 - Kurden (Deutsch)
 - Ukraine-Konflikt
 - Islam-Publikation

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch im Internet auf unserer Homepage unter

<http://www.bundesheer.at/ifk>

IMPRESSUM

■ Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für
Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

■ Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

■ Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für
Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Juli 2015

■ Druck:

BMLVS / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien
HDruckZ 4576/15

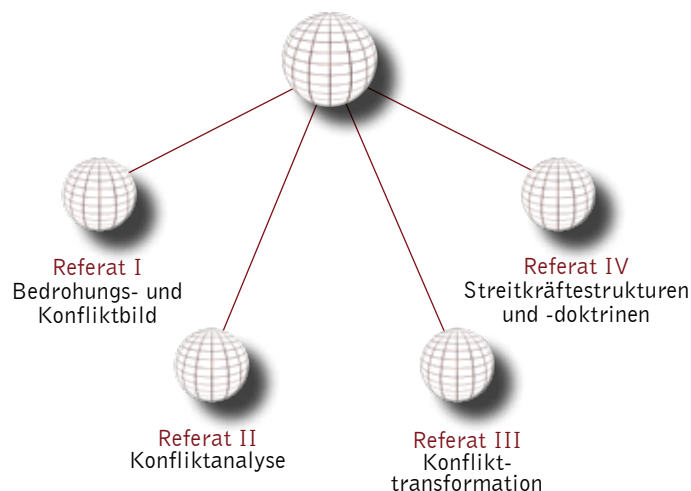
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

DAS INSTITUT

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVak) des österreichischen Bundesheeres: Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
- Forschung und Lehre
- Öffentlichkeitsarbeit

INSTITUTSLEITUNG



- **Bedrohungs- und Konfliktbild:** Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und asymmetrische Bedrohungen ein zentrales Forschungsgebiet dar.
- **Konfliktanalyse:** Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
- **Konflikttransformation:** Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
- **Streitkräftestrukturen und -doktrinen:** In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.



Dr. Predrag Jureković

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Referates „Konfliktanalyse“ im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie; zahlreiche Veröffentlichungen zum Konfliktverlauf und Stabilisierungsprozess in Südosteuropa.

